

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

13 (16.1.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Kellamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 13

Dienstag, den 16. Januar 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In der am Montag eröffneten Völkerbundstagung brachte der französische Vertreter den Antrag ein, die Reichsregierung telegraphisch zur Vorbereitung der Saarabstimmung einzuladen. Der Antrag wurde angenommen.

Die Deutsche Front im Saargebiet hat an den Völkerbundsrat eine Erwiderung auf die Denkschrift der Saar-Kommission gefandt.

Reichsminister Darre hat die Stadt Goslar am Harz zum Sitz des Reichsnährstandes bestimmt.

Am 18. Januar jährt sich zum 63. Male die Wiederkehr des Tages der Reichsgründung. Die Reichsregierung wird keine amtlichen Feiern am Reichsgründungstag veranstalten, jedoch sollen an diesem Tage in den Schulen Feiern abgehalten werden. Der Schulunterricht wird ausfallen.

Der Führer der DNVP, Dr. Ley, unternahm am Montag eine Besichtigungsfahrt durch das Nacher Grenzland. In einer Ansprache erklärte Dr. Ley, der Führer habe ihm den besonderen Auftrag gegeben, einen neuen Plan zu beschreiben, und zwar den Plan der Errichtung einer großen Siedlung für den Nacher Steintohlenbezirk.

Der Reichsgründungstag

DNVP, Berlin, 15. Jan. Am 18. Januar jährt sich zum 63. Male die Wiederkehr des Tages der Reichsgründung. Das durch den Sieg der nationalsozialistischen Revolution geinigte deutsche Volk gedenkt an diesem Tage mit Bewunderung und unerschütterlichem Vertrauen des Meisterwerks Bismarcks. Es gilt die Bedeutung des Tages besonders unserer Jugend näherzubringen. Zu diesem Zweck bittet die Reichsregierung, am 18. Januar entsprechende Feiern in den Schulen abzuhalten und den Schulunterricht an diesem Tage ausfallen zu lassen.

Die Reichsregierung selbst veranstaltet keine amtlichen Feiern am Reichsgründungstag. Soweit örtlich öffentliche Feiern veranstaltet werden, wird den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches, der Länder und der Gemeinden Gelegenheit zur Teilnahme gegeben. Die Dienstgebäude werden besflaggt.

Der Führer beim Arbeitsdienst in Lippe

Berlin, 15. Jan. Bei seinem Besuch in Lippe hat der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler Gelegenheit genommen, den Arbeitsdienst zu besichtigen. Am Sonntag vormittag wurde durch den Staatssekretär Reichsarbeitsführer Hirtl, das Stammlager Böttingfeld eröffnet und dabei die Gedenktafel eingeweiht, in der festgehalten wird, daß an der Stelle, an der heute das Lager steht, der Führer vor einem Jahr den Wahlkampf in Lippe eröffnet hat. Am Nachmittag beim Eintreffen in Lemgo besichtigte der Führer die Abteilung des Lagers Böttingfeld, nachdem er vorher einige Fragen des Arbeitsdienstes mit Hirtl besprochen hatte.

Reichsbahn fördert Autoindustrie

Neue Lastkraftwagen-Bestellungen der Reichsbahn

Berlin, 15. Jan. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn hat das Reichsbahnzentralamt in Berlin beauftragt, bei der Kraftwagenindustrie im Anschluß an die augenblickliche Lieferung von 1150 Lastkraftwagen noch weitere 720 Lastkraftwagen und zwar 300 Stück mit 1,5 Tonnen, 160 Stück mit 3 Tonnen und 260 Stück mit 5 Tonnen Nachlast in Auftrag zu geben. Um die verkehrliche und technische Entwicklung des Lastkraftwagens werden ferner zu Versuchszwecken Wagen mit Holzgasantrieb und solche mit Dampftrieb in Bestellung gegeben. Im ganzen beträgt dann der für Lastkraftwagenlieferungen ausgearbeitete Vertrag 30 Millionen RM.

Verlängerung der Schonvorschriften für Vermieter

Berlin, 15. Jan. Da die schädigenden Auswirkungen der Häuser, die sich aus dem außerordentlichen Kündigungsrecht der Mieter aus bislang noch nicht behoben oder ausgeglichen werden konnten, hat das Reichskabinett jetzt durch Gesetz eine abermalige Verlängerung der für Vermieter eingeordneten Schonvorschriften beschlossen und zwar um ein weiteres halbes Jahr bis zum 15. Juli 1934. Es gelten also auch weiterhin, wenn der Vermieter infolge der damaligen Kündigung ohne sein Verschulden behindert ist, eine bis dahin fällig werdende Verbindlichkeit aus einer auf dem Grundstück ruhenden Last zu erfüllen, die jenen besonderen Rechtsisolaten als nicht eingetretet, die wegen der Nichtzahlung oder nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten würden.

Ein sensationeller Vorschlag Maffiglis

Deutschland soll an der Vorbereitung für die Saarabstimmung teilnehmen

Genf, 15. Jan. Unter dem Vorsitz des polnischen Außenministers Beck und in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Eden und des italienischen Kabinettschefs Aloisi trat am Montag vormittag der Völkerbundsrat zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der der Vertreter Frankreichs, Maffiglis, überraschend den Antrag einbrachte, die Reichsregierung telegraphisch einzuladen, sich an den Vorbereitungen für die Saarabstimmung zu beteiligen. Maffiglis bezeichnete es als ein Gebot der Loyalität, Deutschland als dem neben Frankreich an der Saarfrage meist interessierten Staat Gelegenheit zu geben, schon bei der Klärung der Vorfragen für die Saarabstimmung mitzuwirken. Gleichzeitig schlug Maffiglis vor, die Ratstagung, die sich mit den Vorbereitungen für die Saarabstimmung befassen soll, auf Ende dieser Woche zu verlagern, um Deutschland zu ermöglichen, sich zu dieser Aufforderung zu äußern. Maffiglis Vorschlag ist einstimmig angenommen worden.

Wie in unterrichteten Völkerbundkreisen verlautet, hat man das Wie einer etwaigen Beteiligung Deutschlands vollkommener offen gelassen. Natürlich geht aus diesem Beschluß auch die Verlegenheit des Völkerbundsrates hervor, der sich bewußt ist, daß die Lösung der Saarfrage ohne Mitwirkung Deutschlands ganz unberechenbare Schwierigkeiten bieten muß. Vor allem interessiert es hier aus höchste, zu wissen, ob Deutschland sich unter Umständen an einem Ausschuß beteiligen würde, der den Berichterstatter für Saarfragen, den Kabinettschef Mussolini, Aloisi, bei den Vorbereitungen für die Abstimmung unterstützen und der den Italiener von der allgemeinen Verantwortung entlasten soll.

An die geheime Sitzung hat sich eine öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates angeschlossen, die aber nur Fragen von geringerer Bedeutung behandelte.

Einmütige Ablehnung des Genfer Vorkommens durch die Berliner Presse

DNVP, Berlin, 16. Jan. Die Berliner Presse lehnt einmütig die Einladung des Völkerbundes ab, an der Saarberatung in Genf teilzunehmen. Die Blätter geben übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß die Reichsregierung die Genfer Einladung ablehnend beantwortet wird.

Der „Börsen-Zeitung“ sagt, Deutschland hat keinen Anlaß, durch einen Präzedenzfall der gegnerischen Propaganda das Argument in die Hand zu spielen, daß wir unseren Schritt vom 14. Oktober v. J. bedauern. Er war notwendig und folgerichtig. Genf ist eine Institution des Versailler Diktats, und bittere Erfahrungen haben bewiesen, daß dort keine Politik getrieben wird, die dem Frieden der Ehre und Gleichberechtigung entspricht. Das Genfer Kumparlament hat aber jetzt die beste Gelegenheit, zu beweisen, daß die Herren gewillt sind, loyal, lauter und anständig eine Sache zur Erledigung zu bringen, von der die ganze Welt weiß, daß die Entscheidung 100prozentig zugunsten Deutschlands ausfallen wird. Wir nehmen gewiß die englischen Pressestimmen nicht täglich, die behaupten, die gegenwärtige Zeit sei für eine Abstimmung in der Saarfrage nicht reif. Was Braun dürfte einige englische Kreise ebenso betrogen haben, wie seine früheren Parteifreunde im Saargebiet. Aber es ist immerhin bebauerlich, daß englische Zeitungen auf einen derartigen Schwindler hereinfallen und so eine Stimmungsmache entfacht, die der gegenseitigen Verständigung im Wege sein kann. Eine andere Situation würde eintreten, falls vom Völkerbund der Beschluß gefaßt wird, eine Sachverständigenabstimmungskommission einzusetzen, an der sich jedenfalls französische Sachverständige beteiligen würden. Falls dann die Reichsregierung die Frage einer Beteiligung an einer solchen Abstimmungskommission prüfen wird, so würde sie lediglich Erwägungen über das entscheidende deutsche Interesse am Saargebiet anstellen. Eine Teilnahme an einer solchen neutralen Kommission würde keineswegs die Wiederaufnahme unserer Mitarbeit in Genf bedeuten.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Genfer Einladung als französischen Köder. Deutschland sei weder in der Lage, einen der Saar nachteiligen Ratsbeschluß durch Stimmenthaltung zu sanktionieren, noch auch, den in Genf vertretenen Mächten mit einem Nein die Möglichkeit zu geben, sich später hinter diesem Nein zu verstecken und zu sagen, Deutschland habe ja das Zustandekommen eines Saarbeschlusses verhindert, da alle Ratsbeschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen.

Die „Kreuzzeitung“ weist darauf hin, daß besonders die Saardeutschen das fair play des Völkerbundregimes und seiner französischen Hintermänner täglich am eigenen Leibe spürten. Wir würden auch von Berlin aus auf das peinlichste beobachten können, ob die jetzt in Genf das große Wort führenden Mächte bei ihren Entscheidungen „fair play“ gelten lassen und die „Heiligkeit der Verträge“ respektieren.

Der „Volkswagen“ sagt, der Rat habe jetzt die beste Gelegenheit, den Beweis zu erbringen, daß er zu einer wirklich neutralen Entscheidung in der Saarfrage überhaupt fähig ist, indem er zunächst einmal gegen die unmöglichen Zustände einschreitet, die sich in diesem ihm durch das Versailler Diktat ausgelieferten deutschen Lande entwickelt haben.

Die „Germania“ erklärt, es liege jetzt an der Gegenseite, den Beweis der immer für sich in Anspruch genommenen Neutralität und Objektivität zu erbringen.

Die „Börsen-Zeitung“ äußert, es liege nicht in der deutschen Absicht, dem Völkerbund eine schwere Verantwortung durch die Rückkehr an den Ratstisch zu erleichtern.

Die „D.M.Z.“ sagt, der Völkerbund sei der Treuhänder des Saargebietes, und es liege an ihm, entsprechend seinem Amte zu verfahren. Wenn der Völkerbund eine aus neutralen Persönlichkeiten zusammengesetzte Abstimmungskommission ernannt, dann schafft er damit auch die notwendige Voraussetzung für eine ruhige Vorbereitung der Abstimmung selbst. Wird er dieser selbstverständlichen Verpflichtung nicht gerecht, dann wird Deutschland, gestützt auf die klaren vertraglichen Festlegungen, zur rechten Zeit seine Stimme erheben.

Englische Blätterstimmen

zur Rückgliederung des Saargebietes

London, 15. Jan. Die „Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Aufgaben des am Montag zusammentretenden Völkerbundsrates und hebt hervor, daß der Rat aus Nachfolger für den Vorsitzenden und die Mitglieder der Regierungskommission für das Saargebiet zu ernennen haben werde, deren Amtsdauer im März abläuft. Das Blatt betont, daß es gerade gegenwärtig von besonderer Wichtigkeit sei, die neue Saarregierung aus Männern von unparteiischer Gesinnung zu bilden, da die Saarfrage während der nächsten zwölf Monate eines der schwierigsten Probleme sein werde. Die „Times“ zählt einige dieser Schwierigkeiten auf, erwähnt besonders den Umstand, daß nach den Friedensverträgen das Saargebiet nicht als unteilbar betrachtet zu werden brauche, daß die Bergwerke gegenwärtig Frankreich gehören und daß sie im Falle der Rückgabe des Gebietes an Deutschland vom Reich in Gold zurückgelöst werden müßten. Auf jeden Fall, so schließt das Blatt, werde der Völkerbund dafür zu sorgen haben, daß die Abstimmung frei, geheim und vertrauenswürdig verlautet. Zur Festlegung der Bedingungen der Verhandlung werde wahrscheinlich ein kleiner Ausschuss ernannt werden. Für eine Ueberleitung bestehe kein Anlaß.

Der Saarbrücker Sonderberichterstatter des „Daily Express“, Seiten Delmet, will wissen, daß die Franzosen in Genf anregen werden, die Volksabstimmung im Saargebiet einmütig aufzuschieben. Der Berichterstatter bezweifelt jedoch mit Recht, daß Deutschland sich damit zufriedengeben werde. Die Lage im Saargebiet schildert der Berichterstatter u. a. wie folgt: In Saarbrücken innerhalb der französischen Zollgrenze flattert die Halentragjahne von den Dächern. Heil Hitler ist der allgemeine Gruß. 280 000 Deutsche werden regiert von einem rothaarigen Engländer namens Knox. Obwohl das französische Hinterland und das französische Kolonialreich die besten Märkte des Saargebietes sind, steht es völlig außer Frage, daß die Mehrheit der Saarbevölkerung in ihrem Nationalbewußtsein und ihrer Vaterlandsliebe für Deutschland stimmen wird.

Goslar Sitz des Reichsnährstandes

Berlin, 15. Jan. Die Verlegung des Reichsnährstandes hinaus aus der Großstadt nach Goslar ist von größter praktischer und symbolischer Bedeutung. Die Führer des deutschen Bauernturns, an ihrer Spitze Minister Darre und Staatsrat Weinberg, haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der „Generalklub des Bauernturns“ aufs Land gehöre, womit man auch die Ueber von der liberalistischen Bauernpolitik unmissverständlich dokumentieren wolle. Man war nach diesem grundsätzlichen Entschluß, im Sommer 1933 den Reichsnährstand aus der Reichshauptstadt herauszunehmen, sich auch darüber im klaren, daß nur eine kleinere Stadt im Herzen des alten deutschen Reiches der sächsischen Kaiserzeit in Frage kommen könne. Die Wahl ist auf Goslar gefallen, — selbst Braunschweig erschien schon zu groß — der Stadt, von der einst mit die stärksten Antriebe zur Kolonisation und Besiedlung des deutschen Ostens ausgegangen sind. Diese Tatsache betont man heute sehr gerne, denn die nationalsozialistische Bauernpolitik hat sich als eines ihrer wichtigsten Ziele die Stärkung und Befestigung des deutschen Bauernturns im Osten des Reiches gesetzt.

Der neue Standort der bäuerlichen Selbstverwaltung beherbergt die eindrucksvollsten Denkmäler der alten deutschen Geschichte. In Goslar steht die Kaiserpfalz, der größte erhaltene Profanbau romanischer Zeit. Der Stadtkern ist noch fast unverändert in der Form des 16. Jahrhunderts erhalten, die verbliebenen Kirchen stammen fast alle aus der Zeit der romanischen Kunstperiode. Die sächsischen und fränkischen Könige, vor allem Heinrich der Dritte und Heinrich der Vierte haben häufig in Goslar residiert. Wiederholt sind in Goslar von ihnen die großen Reichsversammlungen abgehalten worden.

Wenn die Ueberführung des Reichsnährstandes nach Goslar vorgenommen wird, steht zur Zeit noch nicht fest. Wir hören, daß für den sehr unianatoneischen Organismus keinerlei geeignete Räume in Goslar zur Verfügung sind, jedoch neue Gebäude errichtet werden müssen, ein Umstand, der auch für die Arbeitsbeschaffung nicht ganz unwesentlich bleiben dürfte.

Böding
Ulm
6:1.
2: Ger
sburg
1:3.
Wader
— FC
en Aug
1:2.
Olgmoia
05 7:0;
Phönix

icht!

h

ds

a

V.

esthale
theinen

rt.

b. H.

33.

R.N.

741.28

939.92

240.02

820.43

61.47

803.12

lung

Haar

Herr

in je

der

aar-

aus-

nen

der

Uhr.

ad-

804.

rie

en

16.

it

ev

1.60

2.30

0.60

0.90

tefr.

1a

he

les

se-

ht

Eine zweite Denkschrift der Deutschen Front für Genf

DRS. Saarbrücken, 15. Jan. Die Fraktion Deutsche Front des Landesrates des Saargebietes richtet an den Völkerbundsrat eine Denkschrift, die im Namen der 19 Mitglieder von den Fraktionsmitgliedern Bales, Lebacher und Köchling unterzeichnet ist. Einleitend wird festgestellt, daß die Antwort der Regierungskommission auf die Denkschrift der Deutschen Front vom 19. Dezember 1933 an den Völkerbundsrat eine solche Fülle von entstellenden Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten enthält, daß sie der Deutschen Front nochmals Veranlassung zur Äußerung und zu der Bitte gibt, der Rat möge eine eingehende Untersuchung der verschiedenen Vorfälle vornehmen lassen. Das Schreiben der Deutschen Front geht dann zunächst näher auf mehrere Grenzzwischenfälle ein, die eindeutig Uebergriffe französischer Beamter zeigten. Vergleiche man das Verhalten der Regierungskommission bei Zwischenfällen an der deutsch-saarländischen Grenze, so bestimme der Unterschied darin, daß Alles, was an der französischen Grenze geschähe, totgeschwiegen werde, während an einem Vorfall an der deutsch-saarländischen Grenze die Regierungskommission die ihr notwendig erscheinenden Schritte unternommen habe.

Die Erörterung der Regierungskommission über ihre Gründe, die zum Erlaß der Verordnung über Veranstaltungen zu Wohlfahrtszwecken geführt haben sollen, verweigere, daß das Gesetz, welches für Wohlfahrtszwecke die behördliche Genehmigung fordere, die Verordnung vom 15. Februar 1917 sei, die mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages ihre Rechtsgültigkeit verloren habe. Anzutreffend seien auch die Ausführungen der Regierungskommission über den Notring der NSDAP-Saargebiet. Der Notring sei gar kein caritatives Unternehmen gewesen, sondern eine Unterabteilung des politischen Vereins NSDAP-Saargebiet. Sammlungen habe der Notring nicht veranstaltet, sondern lediglich unter seinen minderbemittelten Mitgliedern den geringen Monatsbeitrag von 2 Franken erhoben, der dem Ziele der Rückgliederung des Saargebietes zum Deutschen Reich zu dienen hätte. Die gelegentliche Verwendung von Mitteln zu Unterstützungszwecken könne niemals die Unterabteilung des Vereins zu einem caritativen Unternehmen machen. Weber das Winterhilfswort noch der Notring hätten Anlaß zum Erlaß einer Verordnung geben dürfen, durch welche christliche Nächstenliebe im Völkerbundsland unter Polizeiaufsicht gestellt wird.

Die Denkschrift der Deutschen Front beschäftigt sich dann eingehend mit den Darstellungen der Regierungskommission über sozialistische und kommunistische Verammlungen, die den Tatsachen durchaus nicht gerecht würden.

Weiter wird auf die von der Regierungskommission erwähnten Neunkirchner Vorfälle eingegangen. Noch ehe die Regierungskommission ihre Erwiderung auf die Beschwerdeschrift veröffentlichte, habe der Landesführer der NSDAP-Saargebiet den verantwortlichen Kreisleiter von Neunkirchen-Ottweiler seines Amtes entbunden. Ausdrücklich müsse nochmals betont werden, daß es dem Landesführer der NSDAP-Saargebiet und der Deutschen Front, sowie der gesamten deutschen Saarbevölkerung mit der Einhaltung der Gesetze und der Wahrung strengster Disziplin im Interesse der legalen Rückgliederung des Saargebietes zum Reich bitter ernst sei. Die Verantwortung für vereinzelte Disziplinosüßigkeiten treffe den Präsidenten der Regierungskommission, da er alles, auch die geschlossenen Mitgliederversammlungen verboten habe, während Versammlungen der frankophilen Autonomisten und Separatisten erlaubt seien. Darin liege eine Begünstigung zum Nachteil der fast die Gesamtbevölkerung umfassenden Saardeutschen, die zu ihrem Vaterland zurückwollen. Die Denkschrift geht dann auf die Ermordung des Hitlerjungen Welcher und des Nationalsozialisten Hemmer ein. In beiden Fällen habe die Regierungskommission versucht, die Bedeutung abzuschwächen.

In der Betonung des Deutschstums der Saarbevölkerung sehe die Regierungskommission einen Angriff auf sich, statt die Bevölkerung verständnisvoll so zu regieren, wie sie ist und stets war, als deutsche Bevölkerung, die heim zum Mutterland will. Es dürfte der Regierungskommission nicht unbekannt sein, daß fast alle Terrorakte von Kommunisten und Sozialisten, sowie von Autonomisten und Separatisten begangen würden, während Nationalsozialisten meist nur wegen angeblichen Tragens von Uniformteilen vor Gericht künden. Die zahlenmäßigen Angaben über die Höhe des Beamtenkörpers ergebe nur dann ein genaues Bild, wenn auch die Tatsache berücksichtigt werde, daß alle wichtigsten Posten der Verwaltung fast ausnahmslos von französischen Beamten besetzt seien, sodas die Regierungskommission und vor allem ihr englischer Präsident alle Dinge stets durch die französische Brille ansehen. Es spreche nicht für die Objektivität der Regierungskommission, wenn sie sich so stelle,

als seien ihr die Umstände unbekannt, unter denen die von ihr angestellten Emigranten Deutschland verlassen haben.

Die Verantwortlichkeit der Regierungskommission sei der Deutschen Front bekannt, und sie wünsche nicht, daß sie abgeschwächt werde. Die Verständlichkeitspolitik, mit der die ausländischen Mitglieder dem Gemeinschaftsgefühlen der Saarbevölkerung gegenüberstehen, ergebe sich auch daraus, daß die Regierungskommission zu persönlichen Angriffen übergehe, indem sie glaube, eine Trennung vornehmen zu dürfen zwischen den älteren Politikern des Saargebietes und den „jungen Leuten ohne jegliche Erfahrung“.

Die Regierungskommission werde sich damit abfinden müssen, daß sie im Saargebiet eine geschlossene deutsche Bevölkerung unter einheitlicher Führung zu regieren habe. In diese Bevölkerung einen Zwiespalt zu säen, werde ein vergebliches Bemühen sein. Die Regierungskommission werde den Vorwurf der Neutralitätsverletzung tragen müssen, solange sie einseitig die Politik der aus Deutschland Geflüchteten nicht abstimmungs-berechtigten Emigranten unterstütze. Die Einstellung der Regierungskommission bei ihren Maßnahmen sei am deutlichsten daraus zu ersehen, daß die Regierungskommission bei ihren Maßnahmen die staatsunwürdigerische kommunistische Partei gleichstellt mit der NSDAP. Das saarländische Mitglied der Regierungskommission hat es abgelehnt, die Verantwortung für den letzten Vierteljahresbericht, die Novemberverordnungen und die Erweiterung der Regierungskommission auf die Denkschrift der Deutschen Front mitzutragen. Die Mitglieder stehen also im Widerspruch zueinander, und zwar billigt das im Saargebiet geborene, mit den dortigen Verhältnissen vertraute Mitglied, deren Politik seit vier Monaten nicht mehr.

Die Denkschrift schließt mit der Bitte, der Rat möge für die Herbeiführung von Zuständen Sorge tragen, die sowohl dem Interesse des Saargebietes als auch dem Ansehen des Völkerbundes dienen können.

Französische Saarpläne Indistinktionen des „Deuvre“

Paris, 15. Jan. „Deuvre“ veröffentlicht eine Information, aus der hervorgeht, daß die französische Regierung offenbar die kommende Tagung in Genf zu einer großangelegten Offensive in der Saarfrage zu benutzen plant. Wie weit sich die Mitteilungen des Blattes auf authentische Informationen stützen, läßt sich natürlich ohne weiteres nicht beurteilen. Auf alle Fälle verdient die Angelegenheit größte Beachtung. Wie das Blatt zu berichten weiß, hat die französische Regierung sich in den letzten Tagen sehr eingehend mit der Saarangelegenheit beschäftigt und beschlossen, sich nicht mit der Ernennung eines Ausschusses zu begnügen, der sich mit der Organisation der Abstimmung im Saargebiet zu befassen haben würde. Sie werde vielmehr von allen Mitgliedern des Völkerbundes eine genaue Klarstellung der Politik fordern, die die betreffenden Mächte in der Saarfrage betreiben wollten. Außerdem werde die französische Regierung die Aufstellung einer internationalen Polizei in einer Kopfkarte von mindestens 4000 Mann verlangen. Dem Völkerbund solle es überlassen bleiben, die Mächte zu bestimmen, die sich an der Bildung dieser Polizei zu beteiligen hätten. Ueber die Schwierigkeiten, auf die eine derartige Forderung bei den anderen Mächten naturgemäß stößen müsse, sei man sich allerdings im Klaren. Auch sei zu erwähnen, daß sowohl bei England wie auch bei Italien keinerlei Neigung vorhanden sei, sich daran zu beteiligen. Nichtsdestoweniger sei aber die französische Regierung entschlossen, auf dieser Maßnahme zu beharren, die damit begründet werden soll, daß Frankreich „das ihm vom Völkerbund übertragene Mandat“ im Saargebiet durchführen müsse.

Schon jetzt aber muß schärfster Einspruch dagegen erhoben werden, wenn in diesen Informationen des „Deuvre“ der als bekannte Versuch wieder gemacht wird, von französischer Seite die Dinge so darzustellen, als ob über den Ausfall einer etwaigen Abstimmung der Saarbevölkerung noch Unklarheit herrschen könnte. Die Saarbevölkerung hat bei jeder Gelegenheit betont, daß sie einmütig und geschlossen zu Deutschland zurück will. Es ist also vollständig abwegig, wenn die französische Regierung, dem „Deuvre“ zufolge, wieder mit der Behauptung operiert, die Bevölkerung im Saargebiet müsse bei der Abstimmung gegen etwaigen unzulässigen Zwang geschützt werden, und wenn weiter behauptet wird, Frankreich könne immer noch auf eine Mehrheit für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes oder im schlimmsten Falle auf eine so starke Minderheit rechnen, daß

Frankreichs materielle Interessen gut vertreten sein würden. Die Information des „Deuvre“ schließt mit der Ankündigung, daß französische Vorschläge in dem oben gekennzeichneten Sinne entweder am 29. Januar oder am 15. Februar in Genf vorliegen würden.

„Evening Standard“ warnt vor einer französischen Saarpropaganda in England.

DRS. London, 15. Jan. Als erstes englisches Blatt wendet sich die Beaverbrook-Zeitung „Evening Standard“ gegen den Versuch einer französischen „Saarpropaganda“ in England. „Das ist eine Frage, die England nichts angeht“, so schreibt das Blatt. „Sie soll von Deutschland und Frankreich und den Saarländern unter sich geregelt werden. Wir sind nicht dazu berufen, die 15 Millionen Pfund zu beschützen, die Frankreich in den Saarbergwerken angelegt hat.“

Das Saarexperiment sei eine Warnung vor den Gefahren einer internationalen Einmischung. Es könne England lehren, weitere Verwicklungen zu vermeiden. Dieses Experiment sei gemacht worden, um die Lösung einer schwierigen Frage zu verschieben. Aber die Annahme, daß diese Lösung nach 15 Jahren leichter sein würde, sei bezeichnend für die Völkerbundseinstellung.

Dienstag Kabinettsitzung in London wegen der Abrüstungskonferenz

DRS. London, 15. Jan. Ministerpräsident Macdonald fährt am Montag abend vom königlichen Schloß Sandringham nach London zurück. Am Dienstag nimmt Macdonald an der um einen Tag vorverlegten Kabinettsitzung teil, auf der die Abrüstungsfrage zur Sprache kommen soll.

Henderson fährt Dienstag nach Genf.

DRS. London, 15. Jan. Henderson will Dienstag früh von London nach Genf abfahren. In einer Presseunterredung erklärte er, er habe nichts mit der Ratstagung in Genf zu tun. Er beschäftige sich lediglich mit der Abrüstungsfrage. Nach Genf kehre er zurück, um zu sehen, was wir tun können, um etwas als das Ergebnis von vielen Monaten anstrengender Arbeit fertigzubringen.

Zusammentritt des Völkerbundsrates

Genf, 15. Jan. Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates unter Vorsitz des polnischen Außenministers Sed dauerte weniger als zehn Minuten. Von Interesse war lediglich ein Nachruf des Ratspräsidenten für den verstorbenen langjährigen Vertreter Italiens im Völkerbund, Scialoja, der einer der Vertreter des Völkerbundsparates ist. Nach Verlesung einiger Berichte von geringer Bedeutung wurde die Ratstagung geschlossen. Am Dienstag finden nur Sitzungen der Ratsausschüsse statt. Die nächste Sitzung des Rates selbst ist auf Mittwoch vormittag festgesetzt.

Danziger Fragen vor dem Völkerbundsrat

Genf, 15. Jan. Der Danziger Senatspräsident Dr. Kaufmann trifft am Montag abend in Genf ein, um an den Verhandlungen des Völkerbundsrates teilzunehmen. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Entscheidung des Rates über gewisse, die Verfassung Danzigs berührende Fragen, die von dem früheren Völkerbundsminister Rostko noch erbeten worden ist.

Meuterei in einem bulgarischen Gefängnis

Sofia, 15. Jan. Im Gefängnis der alten Bulgarenhauptstadt Tirnovo, in dem über 300 Sträflinge untergebracht sind, brach am Sonntag eine schwere Meuterei aus, die von politischen Gefangenen — meistens Kommunisten — angezettelt wurde. Ein verabschiedetes Zeichen bin letzte in allen Zellen plötzlich ein Höllenlärm ein; die Gefangenen zertrümmerten die Fenster, das Mobiliar und die Türen der Zellen, drangen auf die Flure und stürzten sich auf die Wächter. Es entspann sich ein erbittertes Handgemenge, das für die Bewachungsmannschaften schlecht ausgefallen wäre, wenn nicht rechtzeitig Polizei und Militär eingetroffen wäre, die mit aufgefälligen Seitengewehr gegen die Aufrechter voring. Erst nach hartem Kampf konnten die Sträflinge in ihre Zellen zurückgedrängt werden. Auf beiden Seiten hat es zahlreiche Leicht- und Schwerverletzte gegeben.

Benutze Wohlhabendbriefmarken! Ihr helft den Armen und bereitet den Empfängern eine Freude!



Der Weg in den neuen Tag

Roman von Helma von Hellermann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Geheimnisse werden hier im Werk nie aufbewahrt, dafür gibt es sicherere Orte. Da ich aber noch nicht auf dem bolschewistischen Standpunkt der Eigentumsentäußerung stehe, wurden auf alle Fälle folgende die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. — Sie sehen, meine verehrten Herrschaften, daß wir Schaffenden stets auf der Hut sein und uns unserer Rechte wehren müssen. Man lernt so allerlei im Leben!

Er sprach in leichtem, lebenswürdigem Konversations-ton, ein Lächeln um den energischen Mund, das jedoch die alt und scharf blickenden Augen Lügen strafen.

Einen Moment herrschte Schweigen. Der junge Regnier, der mit gerötetem Gesicht eifrig an dem Wein-fleck auf seiner Manschette rieb, brach es zuerst.

„Das war aber ein großes Glück für Sie, Monsieur Steinherr!“ Ein etwas gezwungenes Lachen. „Ich kann mir Ihre Gesühle so lebhaft vorstellen! Die — wie sagten Sie so gut! — Witzbegierigen werden jetzt wohl ihre Hände von Ihren Geheimnissen lassen — oder es in Zukunft geschickter anfangen.“

„Sie werden uns vorbereiten finden, Monsieur.“ Die Blicke der beiden Männer kreuzten sich lächelnd, wie zwei funkelnde Klugen.

Lebrun, der starr auf seinen Teller gesehen, hob den Kopf, bedauerte die Aufregung, die ein derartiges „Malheur“ seinem verehrten Gastgeber verursacht haben mußte.

„Aber es war ja gar kein Malheur“, widersprach der große Mann an der Spitze der Tafel heiter. „Vielmehr ein Glück, dem wir mit Ihrer gütigen Erlaubnis dieses Glas“, den eben gefüllten Sektisch hebend, „weihen wollen. Frau Maloreen — meine Herren...“

Nach und nach kam die Unterhaltung, von Steinherr geführt, wieder in Fluß. Aber bald erhoben sich die Fremden, bedauerten lebhaft, sich verabschieden zu müssen. Der alte Weibhac, der anscheinend von nichts wußte, bat seinen Gastgeber um eine vertrauliche Unterredung für den nächsten Tag; vielleicht ließen sich die angenehmen persönlichen Beziehungen geschäftlich weiterentwickeln?

Steinherr befiel sich Tag und Stunde vor; man könne sich darüber noch verständigen, nicht wahr? Groß und aufrecht stand er an der Schwelle des Empfangszimmers, drückte jedem Gast fest die Hand und dankte für das seinem Wert bewiesene gütige Interesse.

„Es war auch mir ein unvergeßlicher Tag, messieurs. Sie, liebe Freundin — das Wort leicht betonend —, darf ich wohl in meinem Wagen zurück in die Stadt fahren? Ihr Chauffeur ist bereits fort; er muß Ihre Beisung, zu warten, mißverstanden haben.“

Einen Augenblick stand die Frau, in jeder Muskel gespannt, ihm gegenüber. Dann neigte sie das Haupt.

Stumm, blaß, aber sehr ruhig sah sie neben Steinherr, der mit undurchdringlichem Gesicht geradeaus blickte. Erst als sie sich der Stadt näherten, sprach sie.

„Wohin fahren Sie mich?“

Er hob die Brauen. „Nach der Wendlerstraße!“

„Und was dann?“

„Sie haben bis Mitternacht Deutschland zu verlassen“, kam die kurze Antwort. „Ueber Ihren Partner Regnier entscheidet die Polizei.“

„Ah, die beiden Direktoren, nicht wahr, die mit ihnen fahren? Aber man wird ihm nichts nachweisen können“, bemerkte die Maloreen gelassen, „Menschen wie wir lernen Vorsicht über im Beruf.“

„Trotzdem wurden Sie erkannt.“

Sie sah schnell auf. „Ja, das merkte ich. Es würde mich sehr interessieren, zu erfahren, wann das geschah“, erwiderte sie, als ginge es um unpersönliche Dinge, „in London begann es schon.“

„Jawohl. Obwohl der Nebel sein Bestes tat, Ihnen beizustehen.“

„Damals?! Aber wie kamen Sie — ach, lassen wir das, es ist geschehen.“ Ein tiefer Seufzer. Müde sank die Frau zurück in die Wagenecce.

Wieder lastete Schweigen in drücker Schwere zwischen ihnen. Dann wandte sich Steinherr seiner Begleiterin zu: „Darf ich fragen, ob Monsieur Regnier-Trailon Ihr Gatte ist?“

Sie war beim Nennen des letzten Namens leicht zusammengezuckt. Auch das wußte er? Ein mattes Lächeln verzog ihre Lippen.

„Nein, wir sind nicht verheiratet. Ich bin seit zehn Jahren die Witwe eines in Holland ansässig gewesenen Schweden namens Maloreen. Er erkrankte, als er von meinen Beziehungen zum ausländischen Nachrichtendienst erfuhr — von deren Bezahlung er sehr angenehm mitgelebt hatte. Ich sagte Ihnen schon einmal, daß ich in meinem Leben mehr Unheil als Glück brachte.“

Steinherr fürchte finster die Stirn. „Konnte eine Frau von Ihrer hohen Intelligenz sich keine edlere Aufgabe stellen als die der Spionage?“

Sie sah herab auf ihre schönen Hände, deren kostbare Ringe funkelten beim mechanischen Klacken der weißen Handschuhe, die sie lässig durch die Finger zog.

„Mich lockte das Abenteuer. Und die Versuchung, meine Macht über Menschen zu erproben. Sie sind eine Herde von Dummköpfen und das Spiel beginnt, mich zu ermüden. Aber Sie werden begreifen, mein Freund: Man muß Geld haben, um zu leben! Für einen Berufswechsel bin ich zu alt und für kleine Verhältnisse nicht geschaffen. Bleibt also nur die Fortsetzung bis zum Ende.“

Magnus Steinherr wandte sich ab, ungerührt. Sein bis zur Härte aufrechtes Wesen, das unter Anspannung aller Kräfte geradlinig seinen Weg ging, stand dieser Lebensauffassung fremd und verständnislos gegenüber. Und was er nicht begriff, vermochte er nicht zu verstehen. Kein Wort fiel mehr zwischen ihm und der Frau, mit der er sich bis vor kurzem in edler Freundschaft verbunden gewöhnt. Eine große Bitterkeit war in ihm.

Fortsetzung folgt.